

Grüne wollen Interregio-Strecken sofort ausschreiben

(Stuttgarter Nachrichten 25.10.2001)

Boris Palmer widerspricht Argumenten der Landesregierung: Angebote der Bahn-Konkurrenz besser

Stuttgart - Die Landes-Grünen fordern die sofortige Ausschreibung der Interregio-Strecken in Baden-Württemberg. Die bisherige Weigerung der Landesregierung hat ihrer Meinung nach keine Grundlage mehr.

VON KATHRIN HAASIS

"Es muss endlich Schluss sein mit den Rangierfahrten des Interregios von Abstellgleis zu Abstellgleis", sagte der grüne Landtagsabgeordnete Boris Palmer. Im Sommer habe die Deutsche Bahn den Interregio-Verkehr auf der Südbahn zwischen Ulm und Lindau und auf der Schwarzwaldbahn von Offenburg nach Konstanz stark gekürzt. Für eine einmalige Zahlung von 30 Millionen Mark (15,3 Millionen Euro) vom Land verpflichtete sich die Bahn, bis Ende 2002 einen Ersatzverkehr auf den Strecken zu erhalten.

Um 2003 ein neues Verkehrsangebot zu starten, sei die Vorlaufzeit sehr knapp, sagte Palmer. "Der Zug ist fast schon abgefahren." Deshalb müsse das Land sofort ausschreiben. Bisher habe die Landesregierung dies abgelehnt, ihre Argumente hätten aber keine Grundlage mehr. Die Behauptung, es gebe kein Konkurrenzangebot zur Bahn könne "getrost als Unsinn" eingestuft werden. Die Schweizerische Mittelthurgaubahn und die Connex-Gruppe hätten beispielsweise angeboten, diese Strecken ohne Mehrkosten für das Land und mit mehr Verbindungen als bisher zu übernehmen.

Das zweite Argument, für eine Ausschreibung durch das Land brauche es eine Gesetzesänderung, entfalle ebenfalls. Zwischen Bund und Ländern zeichne sich eine Einigung ab, die Verantwortung für die Interregios auf die Länder zu übertragen. Die Drohung des Landes, wegen dieser Frage vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen, nannte Palmer "die übliche baden-württembergische Fundamentalopposition". Er vermutet vielmehr, die Landesregierung wolle die Ausschreibung nicht, weil sie sich im Rahmen von Stuttgart 21 "mit einem langfristigen, zehnjährigen Vertrag im Nahverkehr an die Bahn gebunden hat".

Einig ist sich die Öko-Partei mit dem Land jedoch in der Forderung an den Bund, die Regionalisierungsmittel auf insgesamt 13,8 Milliarden Mark (7,1 Milliarden Euro) aufzustocken. SPD-Bundesfinanzminister Hans Eichel will nur 13,2 Milliarden Mark (6,75 Milliarden Euro) geben. Die Landesregierung dürfe allerdings kein Geld mehr aus diesem Topf für Sparziele zweckentfremden, sagte Palmer. Dies sei im Umfang von bis 150 Millionen Mark im Jahr geschehen.